

# Buntsprech lernen mit Margot Käßmann



In George Orwells „1984“ spricht der Staat mit seinen Bürgern „Neusprech“, eine floskelhafte Kunstsprache, die nur dazu dient, die Politik der Herrschenden schönzureden. Das „Neusprech“ unserer Tage ist das „Buntsprech“ der Bunten Republik. Wer Buntsprech lernen möchte, braucht nur die Tagesschau zu gucken oder die Leitartikel der Frankfurter Rundschau zu lesen: Die Sprachform ist immer die gleiche. Oder man kauft sich das neueste Buch von Margot Käßmann. Als ehemalige EKD-Chefin zählte diese Frau jahrelang zum engsten Kreis der bunten Führungskader. Ihr Buntsprech ist perfekt, ihr Buch eine wahre Fundgrube für die sprachpolitische Analyse.

*(Von M. Sattler)*

Kurz vorweg: Käßmanns neues Buch „Vergesst die Gastfreundschaft nicht!“ richtet sich an den deutschen Normalbürger. Es ist einer der seltenen Versuche der bunten „Elite“, das Gespräch mit der skeptischen Masse zu suchen und mit Argumenten statt Doktrinen für die staatliche Einwanderungspolitik zu werben. Käßmann brüllt den Leser nicht nieder, sie beschimpft Kritiker nicht als „Nazis“, sondern versucht ideologisch zu überzeugen. Das macht das Buch sprachlich interessant: Käßmann umgeht das sonst eher grobe, eintönige Vokabular der bunten Propagandasprache („Rassismus!“, „Hass!“, „Hetze!“) und nutzt stattdessen die

weicheren Untertöne. Ihr Buch zeigt somit die ganze Bandbreite der standardisierten bunten Ausdrucksweise. Hier einige Beispiele:

*In einer globalisierten Welt, in der gerade nicht Abschottung Ziel ist, sondern geöffnete Grenzen, Freiheit und Mobilität,...*  
(Seite 6)

Der Begriff „globalisierte Welt“ beschwört im Buntsprech das vermeintlich Unabänderliche der Einwanderung außereuropäischer Personengruppen. Die Einwanderung wird als zwangsläufige Folge der „Globalisierung“, d.h. der verbesserten internationalen Fluganbindung, dargestellt. Appelliert wird an die menschliche Schicksalsergebenheit: Das ist heute so, das ist nicht zu ändern. Da der Buntsprecher aber niemals informieren, sondern stets manipulieren möchte, verschweigt er natürlich, dass andere reiche Industrieländer wie Japan oder Südkorea trotz derselben internationalen Fluganbindung nicht einmal ansatzweise eine vergleichbare Einwanderungspolitik betreiben, die Masseneinwanderung nach Deutschland also keineswegs unausweichliche Folge von „Globalisierung“ ist, sondern das Ergebnis politischen Willens, der mit Hilfe alljährlicher staatlicher Milliardentransfers an die „Einwanderer“ in die Tat umgesetzt wird.

Typisches Buntsprech ist auch die sprachliche Polarisierung, d.h. die Gegenüberstellung begrifflicher Extreme wie der (negativen) „Abschottung“ als angeblich einziger Alternative zu den (positiven) „geöffneten Grenzen“ und der „Mobilität“, als gäbe es keinen gemäßigten Mittelweg. Das Bedürfnis der Einwanderungskritiker nach Wahrung der inneren Sicherheit, ihre Sorge von dem Entstehen einer gefährlichen ethnisch-nationalen Konfliktlinie mitten durch Deutschland, wird nicht sachlich aufgegriffen, sondern durch überspitzte Verzerrung ins Negative als extreme Position diffamiert: „Extremist“ ist, wer für eine Mäßigung der staatlichen Politik eintritt. Eine ähnliche Zielsetzung verfolgt auch die grotesk übersteigerte

Brandmarkung von Kritikern der Einwanderungspolitik als „Nazis“ (z.B. in der ebenfalls polarisierten Parole „Bunt statt Braun“), wodurch unliebsame Meinungen in die Nähe der Kriminalität gerückt werden sollen – eine Methode, die wir bereits aus der Zeit der NSDAP-Herrschaft kennen (sachliche Kritiker = „Verräter“ am deutschen Volk).

Dass Käßmann zur Darstellung der eigenen (positiven) Überzeugung ein lateinisches Wort verwendet („Mobilität“), ist ebenfalls ein gängiges Sprachmuster im Buntsprech: Latein gilt noch immer als Sprache der akademischen Elite, die es dank Dokortitel besser weiß und sich dem „tumben“ Volk nicht genau zu erklären braucht (ähnlich: „Migrant“, „Integration“, „Multikulturell“). Latein erleichtert es dem Buntsprecher also durch den Anschein geistiger Überlegenheit, die wünschenswerte Klarheit und Deutlichkeit in seinen Aussagen zu vermeiden und zugleich die in der deutschen Übersetzung ganz offensichtliche Unbeholfenheit seiner Sprache („Beweglichkeit“, „Wanderer“, „Einfügung“, „Sittenvielfalt“) elegant zu überspielen.

Höchst ungewöhnlich für die bunte Ausdrucksweise ist das Wort „Freiheit“. Dieser Begriff als typisch bürgerliches Ideal wird im stark linksideologisch geprägten Buntdeutsch so gut wie nie verwendet. Tatsächlich meint Käßmann auch gar nicht „Freiheit“ im Sinne freier politischer Meinungsäußerung oder politischer Unabhängigkeit von ausländischer Fremdbestimmung (beides wäre völlig unbunt), sondern gebraucht „Freiheit“ an dieser Stelle als bewusst unscharfes Ersatzwort für „Freizügigkeit“, d.h. die unbeschränkte Überschreitung von Landesgrenzen. Sie wendet hier also eine klassische Vereinnahmungstaktik an, indem sie eine teilweise überlappende Begrifflichkeit dazu nutzt, auf ein politisches Ideal des bürgerlichen, auch freiheitlich-konservativen Lesers anzuspielen und dadurch eine Übereinstimmung in der Denkweise zu unterstellen, die es vielleicht gar nicht gibt („Eigentlich sind wir doch einer Meinung, oder?“).

*Tatsache ist: In Deutschland leben Menschen unterschiedlichen*

*Glaubens, unterschiedlicher Kultur und unterschiedlicher Herkunft zusammen. (7)*

Im Zuge ihrer Umwandlung Deutschlands in ein hochexplosives multiethnisches Pulverfass nutzen die Bunten Republikaner bekanntlich die Taktik der vollendeten Tatsachen: Im ersten Schritt siedelt man mittels zahlloser rechtlicher Grauzonen wahllos Leute aus aller Welt mitten in Deutschland an, dann erklärt man im zweiten Schritt, diese selbst geschaffenen „Tatsachen“ seien nun „deutsche Wirklichkeit“ und verfestigt im dritten Schritt die selbst geschaffenen Tatsachen durch nachträgliche Anpassung der Rechtsordnung (z.B. durch Einbürgerung). Diese Politik der vollendeten Tatsachen spiegelt sich auch im Buntsprech in der häufigen Verwendung von Begriffen wie „Tatsachen“, „Wirklichkeit“ oder „Realitäten“ wieder, oft gepaart mit Verweisen auf die schon erwähnte Unabänderlichkeit. Typisches Buntsprech sind daher Ausdrücke wie *„Wir müssen uns den Tatsachen stellen...“*, *„...die Realität akzeptieren“*, *„...als Teil der deutschen Wirklichkeit annehmen...“* Auch Käßmanns Hinweis im ersten Satz oben, „geöffnete Grenzen und Mobilität“ seien „Ziel“, ist sprachlich in diesem Zusammenhang zu sehen: Es wird unterstellt, Einwanderung sei nicht das Ergebnis einer jederzeit änderbaren politischen Entscheidung, sondern unverrückbare Tatsache, zwangsläufige Folge eines fest vorgegebenen „Ziels“, das es zu erfüllen gilt. Wer dieses Ziel vorgibt (der Buntsprecher selbst nämlich), wird natürlich nicht gesagt.

Der Beispielsatz zeigt zudem die für das Buntsprech so charakteristische Verwendung von Ersatzworten, mit deren Hilfe politisch vorbelastete oder ideologisch nicht akzeptable Begriffe umgangen werden sollen. „Menschen unterschiedlichen Glaubens“ ist eine altbewährte bunte Standardfloskel zur Umschreibung des Islam. Dass unter den Deutschen aufgrund der islamischen Gewaltbereitschaft eine tiefe Abneigung gegen diese Religion besteht, ist auch in bunten Kaderkreisen bekannt, und man ist nicht so dumm, sich selber allzu

offensichtlich als Bündnispartner einer negativ vorbelasteten Ideologie darzustellen. Das Wort „Kultur“ dient als folkloristisch-harmlos klingendes Ersatzwort für das im Buntdeutsch tabuisierte „Nation“. Durch „Kultur“ gaukelt der Buntsprecher vor, man siedele keine andere Nation in Deutschland an, sondern nur eine andere „Kultur“, die sich von den Deutschen lediglich durch Volkstänze und exotische Speisen unterscheidet, aber keinerlei nationale Interessen vertritt und auch keine nationalen Ansprüche stellt, insbesondere keine nationalen Territorialansprüche.

Das Wort „Herkunft“ bildet das bunte Ersatzwort für „biologische Abstammung“ oder „Ahnen“ und taucht aufgrund der besonderen deutschen Vergangenheit nur im deutschen Buntsprech auf. In der englischen Variante sagt man „race“ (Rasse), ein im Deutschen höchst unappetitliches Wort, das im deutschen Buntsprech nur als Kampfbegriff „Rassismus“ verwendet wird. Auch wenn unsere Bunten Führer heute durch gezielte Bevorzugung bestimmter Menschen aufgrund ihrer (nicht-deutschen) „Herkunft“ unverkennbar an das Rassendenken der NSDAP anknüpfen, allerdings unter umgekehrten Vorzeichen (Stichwort „Positive Diskriminierung“ durch „Migrantenquoten“ im öffentlichen Dienst), möchte man zumindest nicht direkt mit der NSDAP als Erfinderin der eigenen Politik in Verbindung gebracht werden. Dass die Deutschen im Gegensatz zu den aus dem Ausland zugereisten Personengruppen niemals von irgendwo „herkamen“, also gar keine „Herkunft“ besitzen, ist nur scheinbar eine gedankliche Inkonsequenz. Aus ideologischer Sicht dient das angeblich gemeinsame Merkmal „Herkunft“ ja vor allem dem Zweck, „Migranten“ und „Deutsche“ gleichzusetzen, um die besondere grundgesetzliche Verpflichtung des Staates gegenüber den Deutschen erst sprachlich, dann auch rechtlich aus der Welt zu schaffen. Ähnliche sprachliche Gleichsetzungen im Buntdeutsch sind „Autochthone – Allochthone“, „Migranten – Nichtmigranten“, „Wahldeutsche – Zufallsdeutsche“ usw., wobei die beiden letzten Begriffspaare bereits sprachliche Ansätze beinhalten, Deutsche als sogar minderwertige, d.h. eben nicht

gleichberechtigte Bürger zweiter Klasse zu kennzeichnen, ebenfalls ein sprachlicher Vorgriff auf künftige Rechtsentwicklungen.

*Gastfreundschaft kann also Ausgangspunkt sein für ein Miteinander, das auch Konflikte erträgt und dabei um Gemeinschaft ringt. (11)*

Das Wort „Gastarbeiter“ gehört im Buntsprech heute nicht mehr zum salonfähigen Wortrepertoire: Politische Zielsetzung des Multikulturalismus ist ja nicht mehr der Gaststatus ausländischer Staatsbürger, sondern deren dauerhafte Ansiedlung. Alle sprachlichen Ausdrücke, die einen nur vorübergehenden Aufenthalt ausländischer Staatsbürger in Deutschland nahelegen, wurden daher in den letzten zehn Jahren aus dem Buntsprech getilgt (einschließlich des Wortes „Ausländer“, als hätte man alle anderen Länder der Erde abgeschafft und Deutschland sei nun ein globaler Weltstaat). Erstaunlich also, dass Käßmann an dieser Stelle ihres Buches auf das alte amtliche Lügenmärchen von den „Gastarbeitern“ zurückgreift, aber es hat ja 50 Jahre lang funktioniert, warum es also nicht noch einmal versuchen?

Interessant für eine vorgeblich friedliebende Ideologie ist in diesem Beispielsatz auch die bewusste Nutzung militärischen, kämpferischen Vokabulars durch die typisch bunten Standardformeln „Konflikte ertragen“ und „um Gemeinschaft ringen“. Im Gegensatz zu den 80er- und 90er-Jahren, als die bunte Kaderschicht das hohe ethnische Konfliktpotenzial ihrer Massenansiedlung noch beharrlich verneinte, versucht man heute angesichts der unübersehbaren ethnischen Spannungen, dieses Konfliktpotenzial ideologisch einzubinden: Der sich abzeichnende Bürgerkrieg wird nun als schmerzlicher, aber notwendiger Zwischenschritt auf dem Weg zum ewigen Frieden interpretiert und zu einem zielgerichteten, nutzenbringenden „Ringens um Gemeinschaft“ verklärt, eine Formulierung, die vielleicht nicht ganz zufällig an die Durchhalteparolen vom

„Völkerringen“ im NS-Sprech anknüpft.

*Solange Menschen in ihren Heimatländern keine Lebensperspektive finden, lässt sich Migration nicht verhindern. (9)*

Neben den zahllosen Finanzanreizen, mit denen die Bunten Republikaner Einwanderer anziehen („Pull“-Faktoren) geht es im Buntsprech immer auch darum, den Deutschen vorzuspielen, es gäbe Einwanderungsdruck aufgrund schrecklichster Verhältnisse in ausländischen Staaten („Push“-Faktoren). Man versucht also, durch gezielte Dramatisierung der Umstände in anderen Ländern beim Empfänger der Propagandabotschaft ein Gefühl von Mitleid auszulösen, das sich dann für politische Zwecke ausnutzen lässt. Bei Käßmann haben die „Migranten“ in ihren Heimatländern „keine Perspektive“ und zwar nicht nur keine wirtschaftliche Perspektive, sondern nicht einmal eine „Lebensperspektive“. Natürlich hat ein Türke in der Türkei durchaus eine Lebensperspektive (jeder aufrechte Türke würde Käßmanns Satz als nationale Beleidigung empfinden), und natürlich hat ein Türke in diesem seit Jahren boomenden Schwellenland auch höchst attraktive wirtschaftliche Perspektiven. Aber: Zielsetzung des Buntsprechers ist niemals die Darstellung tatsächlicher Verhältnisse, sondern ausschließlich die politische Verführung. Auch das im Buntsprech häufig verwendete Wort „Flüchtling“, im Deutschen vorgeprägt durch die Flüchtlinge des zweiten Weltkriegs, erfüllt diese wichtige Funktion einer Dramatisierung zur Auslösung von Mitleid. In Wahrheit werden die „tunesischen Flüchtlinge“ von heute ja keineswegs von irgendwelchen feindlichen Armeen aus ihren Häusern getrieben.

Ähnlich wie oben bei der Verwendung des Wortes „Freiheit“ übernimmt Käßmann durch das „Heimatland“ auch in diesem Beispielsatz einen konservativ-bürgerlichen Begriff, der im Buntsprech eigentlich tabu ist und üblicherweise durch „Herkunftsland“ ersetzt wird. Sie wirbt also auch hier durch

Vortäuschung vermeintlicher Gemeinsamkeiten für ihre politische Botschaft. Lassen wir uns aber nichts weismachen: Im Buntdeutsch haben, sofern überhaupt, nur ausländische Bürger ein „Heimatland“. Deutsche haben grundsätzlich kein „Heimatland“ und daher auch kein Recht darauf.

*Die Frage ist, ob es in diesem Land auch energischen Gestaltungswillen gibt oder nur Abwehr, Angst und Abschottung. (9)*

Das Wort „Frage“ täuscht vor, es gäbe über die Einwanderungspolitik auch nur ansatzweise eine Debatte: Der Leser wird also mit seinen Sorgen scheinbar ernstgenommen. Im Buntsprech wird allerdings grundsätzlich nicht debattiert, und auch hier dient die „Frage“ nur der rhetorischen Vorbereitung auf die eigentlich zu vermittelnde, wie oben erneut polarisierte Aussage (negativ: die passive „Abwehr“ und „Abschottung“, positiv: der aktive „energische Gestaltungswillen“).

Dem Begriff „Angst“ kommt im Buntdeutsch ein besonderer Stellenwert zu. Er legt eine irrationale, fast geisteskranken Störung der Wahrnehmung auf Seiten der Kritiker der bunten Verhältnisse nahe. Der Kritiker wird zum „Angsthasen“ und ist entsprechend zu belächeln, der politische Gegner wird ausgelacht – ein ganz klassisches Mittel, unerwünschte Meinungen zu isolieren. Hat der Gegner „Angst“, ist er aber nicht nur feige, sondern auch unreif: Kinder haben „Angst“ vor Gespenstern unter dem Bett, der Buntsprecher argumentiert: *„Es gibt keine Gespenster, deshalb braucht man keine Angst zu haben“*. Von „Angst“ sprach die Evangelische Kirche auch nach der Selbstverbrennung ihres eigenen Pfarrers Roland Weißelberg im Jahr 2006: Der Pfarrer verbrannte sich aus „Angst“ vor dem Islam, d.h. er war plemplem. Das Wort „Angst“ wird in Käßmanns EKD also offenbar systematisch dazu eingesetzt, um innerkirchliche Kritiker der staatlichen Islamisierungspolitik zu stigmatisieren und aus den eigenen Reihen auszugrenzen.



Klassisches Buntsprech ist in diesem Beispielsatz auch die Vermeidung des Wortes „Deutschland“ und stattdessen die Bemühung der ersatzweisen Standardfloskel „in diesem Land“, gelegentlich abgewandelt zu „in Mitteleuropa“. Entsprechend schreibt Käßmann an anderer Stelle:

*Eindrücklich in Erinnerung ist mir die Erzählung einer Dame aus Europa... (18)*

Es kann sich nur um eine Dame aus Deutschland gehandelt haben, da im Buntsprech alle anderen europäischen Länder außer Deutschland üblicherweise beim Namen genannt werden, um die freundschaftliche innere Verbundenheit mit diesem anderen Land hervorzuheben.

*Respekt und Toleranz werden zentrale Begriffe der Integrationsdebatte bleiben. (41)*

Anders als die Übersetzung aus dem Lateinischen eigentlich vermuten ließe, steht der Begriff „Integration“ im Buntsprech niemals für „Einfügung“ oder „Einbindung“ in die deutsche Gesellschaft (dies wäre „rassistisch“), sondern grundsätzlich für deren Gegenteil: die Stärkung der nationalen Identität der staatlich angesiedelten ausländischen Personengruppen und den beschleunigten Ausbau von religiösen und sprachlichen Parallelgesellschaften. Politisches Ziel ist ja die Herbeiführung einer „Bunten Republik“, und eine Republik, in der sich die aus dem Ausland angesiedelten Populationen in die deutsche Gesellschaft „einfügen“, wäre weniger „bunt“ als ein landesweiter ethno-nationaler Flickenteppich. Redet der Buntsprecher daher von „Integration“, meint er in der Praxis immer „Segregation“, also Vertiefung der ethnischen Grabenbildung, beispielsweise durch Förderung ausländisch-nationalistischer Organisationen, Ausweitung der islamistischen Infrastruktur (Moscheen, Koranschulen usw.) oder die Einführung einer Paralleljustiz in Deutschland (Scharia). Ähnlich wie in George Orwells „Doppeldenk“ lässt

sich also auch im Buntsprech die wahre Bedeutung bestimmter standardisierter Floskeln nur entschlüsseln, wenn man sie in ihr direktes Gegenteil verkehrt.

Das neue Modewort der Bunten Republikaner, „Respekt“, war bis vor kurzem unter linken Ideologen verpönt. Tatsächlich handelt es sich bei der gegenwärtigen Renaissance dieses Begriffes auch nicht um eine linksgrüne Besinnung auf bürgerliche Werte, sondern um eine pragmatische Übernahme des türkischen Wortes „Saygi“, durch das man besonders in den Schulen verzweifelt versucht, eine disziplinierende Brücke zu den türkischen Jugendlichen zu schlagen. „Saygi“ ist ein Kernbegriff des innertürkischen Familienlebens und kommt eigentlich dem deutschen „Ehrerbietung“, „Achtung“ sehr viel näher als der etwas plumpen, aber gängigen Übersetzung mit „Respekt“. Die auffällig zunehmende Verwendung dieses früher konsequent gemiedenen Wortes zeigt den mittlerweile auch ideologisch prägenden Einfluss der türkisch-nationalistischen Organisationen auf das linksgrüne Spektrum.

„Toleranz“ (aus dem lateinischen „tolerare“ = „ertragen“) steht im Buntsprech als fester Ausdruck für „Gleichgültigkeit“, „Duldsamkeit“, „Schweigsamkeit“, auch: „Wegsehen“. Feinstes Buntsprech ist im obigen Beispielsatz auch die erneute Vortäuschung einer „Debatte“ und das strenge „werden...bleiben“, das in totalitärer Manier keinen Widerspruch zulässt.

*Migration ist übrigens ein urbiblisches Thema. Die ersten, die sich aufmachten, sind Adam und Eva. (13)*

Berufung auf höhere Autoritäten, bevorzugt christliche und konservative Autoritäten, sind ganz typische sprachliche Mittel im Buntsprech, um vor allem christlichen und konservativem Kritikern den Wind aus den Segeln zu nehmen: Selbst der liebe (christliche) Gott will die staatliche Einwanderungspolitik. Ähnlich berief sich jüngst Christian

Wulff auf Friedrich den Großen, der genau wie Wulff auch schon „Muslime“ angesiedelt habe. Botschaft an die Einwanderungsskeptiker: Die gegenwärtige Massenansiedlung ist völlig normal, sogar eure eigenen Autoritäten sind auf unserer Seite.

*Ebenso gibt es eindruckliche Friedenszeugnisse von Anhängerinnen und Anhängern anderer Religionen. Etwa von Khan Abdul Ghaffar Khan, einem frommen Muslim aus dem Volk der Paschtunen... (22)*

Eine fast schon lehrbuchartige Abwandlung des bunten Klassikers „Islam ist Frieden“. Erneut die für das Buntsprech so typische indirekte Umschreibung des Islam durch den Ausdruck „andere Religionen“, ergänzt durch den Begriff „Friedenszeugnisse“. Das Bild des „frommen Muslims“, den man sich unwillkürlich als väterlichen alten Herrn vorstellt, der still in sich hineinversunken Gebete murmelt und keiner Fliege etwas zuleide tut, verstärkt die zu vermittelnde politische Aussage.

Der Satz ist auch wieder ein schönes Beispiel für die umwerbende Vereinnahmung des Lesers durch Verwendung konservativ-bürgerlichen Vokabulars, das eigentlich ideologisch tabuisiert ist. Gemäß multikulturalistischer Lehre gibt es bekanntlich keine „Völker“, sondern nur „Kulturen“. Diese angeblich universelle Aussage gilt im Buntsprech allerdings immer nur im Zusammenhang mit dem „deutschen Volk“, das es laut Ideologie gar nicht gibt und das deshalb auch keine Rechte hat. Alle anderen Völker gibt es natürlich auch im Buntsprech, in diesem Fall das paschtunische „Volk“ (ähnlich Merkel: „das libysche Volk“, aber „die Menschen in Deutschland“).

Höchst aufschlussreich für den wahren Charakter der multikulturalistischen Ideologie ist die Beobachtung, dass im Buntsprech generell keine Hemmungen bestehen, entgegen der

eigenen bunten Lehrmeinung bei Bedarf auch komplette bürgerlich-konservative Positionen, d.h. die Überzeugungen des Gegners, zu übernehmen, sofern sich dies politisch anbietet: Der Buntsprecher widerspricht sich also scheinbar selbst, ein herausragender Unterschied zur sozialistischen Rhetorik, die in ihrer Argumentation stets konsequent blieb. Ein gutes Beispiel für einen derartigen Bruch mit der eigenen Doktrin zeigt uns Käßmann in ihren Ausführungen über (natürlich böse) christliche Missionare in Südamerika:

*Die Zugewanderten aber wollten auch nicht von den Einheimischen lernen oder sich ihnen anpassen. Es ging darum, die eigene Kultur, den eigenen Glauben zu anderen zu bringen, und nicht darum, von ihnen zu lernen. Nicht eigene Integration war das Ziel, sondern Veränderung der Menschen, die bereits im Land leben, das mitgebrachte Recht, die eigenen Grundüberzeugungen waren Maßstab des Handelns und nicht die im Land selbst gewachsenen Traditionen und Rechtssysteme. (14)*

Dieser Satz könnte so wortwörtlich bei PI stehen und beschreibt recht gut die innere Einstellung zahlloser muslimischer „Migranten“ in Neu-Köln. Käßmann übernimmt hier also lückenlos die Argumentationslinie der Einwanderungskritiker, die von den Zugewanderten ja eine aktive Annahme der im Zielland bestehenden Verhältnisse fordern (oder eben Weiterwanderung in ein anderes Zielland). Sie weicht daher massiv vom üblichen bunten Credo ab, wonach die Einheimischen ihrerseits auf die Zuwanderer zugehen müssen, eine „Willkommenskultur“ zu schaffen und die eigene Lebensumwelt bis in kleinste Details an die nationalen und religiösen Bedürfnisse der Zuwanderer anzupassen haben, nicht umgekehrt. Käßmann offenbart hier vielleicht unbewusst die eigentliche Stoßrichtung des sog. „Multikulturalismus“ als einer keineswegs „völkerfriedlich-multikulturellen“, sondern in Wahrheit aggressiv einseitig-antiwestlich ausgerichteten (und deshalb höchst gefährlichen) Ideologie: Wie man es dreht

und wendet, der Europäer ist immer der Böse.

Abschließend sei ein Blick auf das Buntsprech für Fortgeschrittene geworfen. In der höchsten Vollendung ist im Buntsprech jedes einzelne Wort mit einer zweiten bunten Bedeutung unterlegt, die man kennen oder entschlüsseln muss, will man die Aussage des Sprechers wirklich verstehen. Der Leser muss das Buntdeutsch also Wort für Wort ins normale Alltagsdeutsch „übersetzen“. Ein schönes Beispiel findet sich auf Seite 37, wo Käßmann irgendeinen bunten Bundestagsabgeordneten Manuel Sowieso zitiert (Übersetzung ins Alltagsdeutsch in Klammern):

*Wir brauchen (= wir werden dies in jedem Fall tun) eine menschenrechtlich fundierte (= sich über das deutsche Verfassungsrecht hinwegsetzende) humanitäre (= im Gesetz eigentlich nicht vorgesehene, d.h. willkürliche) EU-Migrationspolitik (= eine Migrationspolitik, die der Kontrolle durch die vom Volk gewählten Parlamente entzogen ist), die auf humane Standards setzt (= bestehende formalrechtliche Standards aushebelt oder umgeht), die Menschenrechte (s. o.) auch (= besonders) an den europäischen Außengrenzen (= deutsche Außengrenzen gibt es nicht mehr), ob auf See oder Land (= vor allem die Einwanderung über Fischerboote soll erleichtert werden), wahrt (= verstärkt), die Möglichkeiten der legalen Migration besser und neu eröffnet (= alle rechtlichen Zuzugsbeschränkungen für ausländische Staatsbürger weitgehend aufhebt) und die Möglichkeiten für Integration (= den Aufbau von Parallelgesellschaften und die nationale Segregation der aus dem Ausland zugezogenen Personengruppen) hier im Land (= in Deutschland) stärkt (= vorantreibt).*

Ins Normaldeutsche übersetzt heißt der Satz also: „Wir werden zur Umgehung der deutschen Rechtsordnung über die EU-Schiene dafür sorgen, dass die Sicherung der europäischen Außengrenzen weiter abgebaut wird, um illegale Einwanderung zu erleichtern,

*die noch bestehenden rechtlichen Zuzugshindernisse für ausländische Staatsbürger endgültig beseitigt werden und die Bildung eines eigenen nationalen Parallelstaats für die aus dem Ausland zugereisten Personengruppen in Deutschland beschleunigt wird.“*

Und genau das werden die bunten Typen tun.

---

# Türkei kritisiert Staatsanwaltschaft von Haarlem



Der stellvertretende türkische Ministerpräsident Bekir Bozdag hat schwere Kritik wegen der angeblich trägen Untersuchung der Staatsanwaltschaft im niederländischen Haarlem geäußert. Anlass ist der Tod des 22-jährigen Türken Ihsan Gürz (Foto) nach seiner Festnahme in einer Arrestzelle in Beverwijk. Bozdag befürchtet, dass die Untersuchungsergebnisse spurlos in der Versenkung verschwinden.

Gürz wurde nach seinem aggressiven Verhalten in einem Schnellimbiss und Widersetzen gegen die Festnahme in Handschellen festgenommen. Ein paar Stunden später verstarb er

in seiner Zelle. Bei der gerichtsmedizinischen Untersuchung wurde eine Herzschwäche und der Gebrauch von Kokain festgestellt. Eine Todesursache durch Polizeigewalt wird ausdrücklich ausgeschlossen.

Bis Ende Juli sollten die Untersuchungen der Staatsanwaltschaft, auf welche Weise der Festgenommene medizinisch versorgt wurde, beendet sein. Diese ist aber noch nicht abgeschlossen. Bei einer zweiten Autopsie im Auftrag der türkischen Justiz fand der türkische Pathologe keine Spuren von Kokain und stellte fest, dass sich das Herz nicht mehr im Körper des Toten befand.


Bozdog hat die türkischen Hinterbliebenen dieses Wochenende besucht und den niederländischen Minister für Migration und Asyl, Gerd Leers, aufgefordert, den Bericht der Staatsanwaltschaft so schnell wie möglich zu veröffentlichen. Die Justiz hat noch nicht entschieden, ob die Familie Einsicht in die noch laufenden Ermittlungen bekommt. Hierüber wird erst entschieden, wenn der Fall abgeschlossen ist.

(Quellen: [Elsevier](#) und [De Telegraaf](#) / Übersetzung: Günther W.)

---



## Folter und Vertreibung in Libyen

 Der Einsatz des Westens in Libyen hat sich gelohnt. Die Scharia wurde [vollumfänglich offiziell als einzig gültiges Recht eingeführt](#). Libyen ist endlich befreit von seinem Diktator, der gerne Regierungskritiker einsperren und foltern ließ. Daher ist nur gerecht und fair, wenn die Libyer

ihrerseits jetzt auch foltern dürfen.

So wurde vorige Woche ein libyscher Diplomat von „Freiheitskämpfern“ [zu Tode gefoltert](#). Die Leiche weist auf [schwerste Misshandlungen](#) hin, unter anderem auf gebrochene Rippen, Schnittwunden und ausgerissene Zehennägel. Die Hilfsorganisation „Ärzte ohne Grenzen“ kam ursprünglich, um Kriegsverletzte zu versorgen. Jetzt hat Libyens neue Führung offenbar eine neue Aufgabe für die westlichen Helfer gefunden. So [berichtet](#) Christopher Stokes, Geschäftsführer von Ärzten ohne Grenzen in Belgien:

*»Einige Behördenvertreter haben versucht, die medizinische Arbeit von Ärzten ohne Grenzen zu instrumentalisieren oder zu behindern. Patienten wurden während der Verhöre zur Behandlung zu uns gebracht, um sie wieder fit zu machen für die Fortsetzung der Befragung. Das ist vollkommen inakzeptabel. Wir sind in Misrata, um Kriegsverletzte und kranke Gefangene medizinisch zu versorgen – aber sicher nicht, um wiederholt dieselben Patienten zwischen Verhörsitzungen zu behandeln.«*

Ärzte ohne Grenzen schickte dem Militärрат von Misrata einen offiziellen Brief, indem die sofortige Beendigung jeglicher Misshandlung von Gefangenen gefordert wurde. Diesem folgten jedoch „*keinerlei Maßnahmen*“, so Stokes.

*„Stattdessen hat unser Team vier neue Fälle von Folter beobachtet. Deshalb haben wir die Entscheidung getroffen, unsere medizinische Hilfe in den Gefängnissen einzustellen.“*

Ebenso wenig Anklang in den europäischen Medien finden die ethnischen Säuberungen an der dunkelhäutigen Bevölkerung in mehreren libyschen Städten. Dort werden sie von den Friedensaktivisten zusammengetrieben, und entweder erschossen oder lebendig verbrannt. Was der Mann auf dem Bild mit der Machete vor hat, will man sich lieber nicht vorstellen. Die



Stadt Tawergha wurde ebenfalls von den Rebellen „befreit“. Die dunkelhäutigen Libyer in Tawergha, die nicht fliehen konnten, wurden [verhaftet oder verschleppt](#). Ihre Häuser wurden mit den Worten „Sklave“ und „Neger“ beschriftet, und anschließend niedergebrannt.

---



## Der Moslem-Wachtturm vor Marbella

☒ Das Foto zeigt einen der vielen unbeachteten Wachtürme und Turmruinen am Mittelmeer von Spanien bis Italien. Er liegt drei Kilometer vor Marbella an der vielbefahrenen Küstenstraße, und Millionen von unwissenden Spaniern und Touristen haben ihn gesehen und sich nichts dabei gedacht. Alle diese Türme dienten nämlich fast ausschließlich der Abwehr von muslimischen Plünderern und Sklaventreibern – eine fürchterliche Pest noch vor 200 Jahren, den Europäern heute total unbekannt. Kein Thema in der Schule, kein Thema in der Presse, kein Thema an den islamophilen Unis.

Die Wirklichkeit sah so aus:

*Die Landeoperationen an den Küsten Südspaniens und der Balearen, vor allem aber im Süden Italiens, wo 1543 etwa 12.000 Korsaren an Land gehen, gleichen militärischen Invasionen. Die Nordafrikaner dringen bis zu 30 Kilometer ins*

*Landesinnere vor; einmal sogar bis 20 Kilometer vor die Tore des Vatikans. [...]. 1544 machen die Menschenjäger 7.000 Gefangene in der Bucht von Neapel, 1554 verschleppen sie 6.000 Menschen aus Vieste in Apulien, 1566 fallen ihnen 4.000 Menschen im andalusischen Granada zum Opfer. Wenn die Schiffe von solchen Beutezügen heimkehren, dann „regnet es Christen in Algier“, und auf den Sklavenmärkten des Maghreb gibt man nur noch „eine Zwiebel für einen Europäer“, berichten Zeitzeugen.*

[Quelle, hier ein langer Artikel zum Thema](#) aus dem Blog As der Schwerter. Und der brillante Egon Flaig sagte in einem brillanten, [zweiteiligen Interview in Telepolis](#) dazu:

*... weil im 19. Jahrhundert der nordafrikanischen Piraterie endgültig das Handwerk gelegt wurde. Das verdanken wir den Amerikanern, die zwischen 1795 und 1815 zweimal Krieg gegen die Piraten-Emirate des Maghreb führten, um diese Praxis des Versklavens zu unterbinden. Dank gebührt auch den Engländern, die 1819 Algier bombardierten, und nicht zuletzt den Franzosen, die 1830 endlich Algier eroberten. Nach dem Ende der maghrebischen Piraterie war Europa zum erstenmal sicher vor den Versklavungsaktionen der Muslime. Und genau als die Gefahr nachließ, begann die Romantisierung – z. B. in den Opern...*

So ist es! Wie die Europäer von den Moslems drangsaliert, erobert, geplündert, vergewaltigt, ermordet und versklavt wurden, das weiß keiner, das wird verschwiegen. Stattdessen beherrschen heute romantische Lügen die Szene. Kaufen Sie Egon Flaigs „Weltgeschichte der Sklaverei“, falls Sie es nicht längst getan haben!

---

# Salvador da Bahia ohne Polizei: 80 Morde



Salvador da Bahia

hat etwa 2,7 Mio Einwohner und je nachdem, wieviel Umland man mit einbezieht, noch einige mehr, ist also durchaus mit Berlin vergleichbar. Nun streikt die Polizei, und [innerhalb einer Woche gab es mehr als](#) 80 Morde, unzählige Autodiebstähle, Überfälle, Plünderungen und Schießereien. Der „normale“ Durchschnitt wäre die Hälfte gewesen. In der Zwischenzeit schickte die Regierung 3500 Soldaten mit Schützenpanzern und anderen Waffen (Foto).

Vermutlich bliebe in Berlin die Mordrate niedriger, wenn die Polizei dort nur eine Woche streiken würde. Ich möchte aber nicht gucken, wie es in der Hauptstadt, in Hamburg oder Frankfurt nach einem halbjährigen Polizeistreik aussähe. Jeder mag sich das für sein Viertel selber ausmalen. Wer jedenfalls das Gewaltmonopol des Staates in Frage stellt, und es sind meistens Linke, welche die Pöbelherrschaft lieben, der hat sie nicht alle! So die [FAZ, die ernsthaft fragt, wer](#) Angst vor Anarchismus habe!

---

# Belgien: Kampagne ,Frauen gegen Islamisierung‘



Der Vlaams Belang (VB) hat die Kampagne „Frauen gegen Islamisierung“ gestartet. Prominentes Aushängeschild ist die Antwerpener Senatorin und ehemalige Miss Belgien, Anke Vandermeersch. Daneben tritt die erst 20-jährige Tochter von VB-Parteichef Filip Dewinter als Plakatmodel (Foto) auf. „Die Kampagne passt exakt dazu, wie ich selber über die Sache denke. Als Frauen haben wir uns zu entscheiden: Freiheit oder Islam“, meint An-Sofie Dewinter, die für die politische Kampagne eine Burka über Kopf und Gesicht trägt – den Rest ihres Gewandes hat sie sich locker über den Rücken geworfen. Auf zwei Balken, jeweils auf dem Ober- und Unterteil ihres Bikinis, finden sich die Sprüche: „Freiheit oder Islam?“ und „Sie können wählen!“. Weiter auf [unzensuriert.at...](http://unzensuriert.at...)

---

## Linkskatholisches Borderline-

# Syndrom



Christliche Gesellschaften befinden sich in einem Zwiespalt: Einerseits ist jeder Mensch, mag er wohlgeleitet sein oder auch nicht, ein Ebenbild Gottes, dessen Not und Hilferuf nicht kaltschnäuzig ignoriert werden darf. Andererseits ist ein Gemeinwesen nun einmal ein Gemeinwesen, so dass bestimmte politische, soziologische oder ökonomische Gesetzmäßigkeiten greifen, die nicht unterlaufen werden können, wie das Kosten-Nutzen-Prinzip, Eigeninteresse, Selbsterhaltung, Berücksichtigung von Ressourcenknappheit oder sozialer Konsens.

Die Herausforderung einer christlichen Orientierung liegt auch in dieser Spannung und im Durchleben dieses Dilemmas. Manche zerbrechen daran und flüchten sich auf Teufel komm raus in einen polit-evangelischen Humanitarismus mit drohbotschaftlich-pastoralem Unterton. So lesen wir, dass der „Menschenrechtsaktivist“ [Elias Bierdel](#) (Foto oben) auf dem Diözesanmännertag in Sankt Pölten das Jahresthema „Tabus – worüber wir nicht reden (wollen)“ zum Anlass nahm, aufgebracht über die [„borderline“](#) der EU-Außengrenze zu referieren:

*Als „Botschafter der Ungerechtigkeit“ bezeichnete der deutsche Menschenrechtsaktivist Elias Bierdel beim Diözesanmännertag im Bildungshaus St. Hippolyt die zahlreichen Bootsflüchtlinge, die bei ihren Versuchen nach Europa zu gelangen oft unter dramatischen Umständen ums Leben*

*kommen. Ursache für die Entscheidung eine Fahrt ins Ungewisse auf sich zu nehmen, sei letztlich die immer größer werdende Schere zwischen Arm und Reich, wie Bierdel betonte: „Unser Lebensstil ist unzumutbar für die Welt, für die Schöpfung. Wir wissen es, aber ändern nichts.“ (Quelle: [kath.net](http://kath.net))*

Angesichts unserer bunten Multikulti-Metropolen und der prognostizierten demographischen Entwicklung fragt sich Unsererins zunächst, wo denn die stets beklagte „Abschottung“ Europas sein soll.

Die „Botschafter der Ungerechtigkeit“ sollen uns also einschärfen, etwas an der globalen Misere zu ändern. Dann ändern wir mal eben! Leider werden Diskussionen um globale Gerechtigkeit heutzutage und hierzulande so geführt, als hinge das Paradies auf Erden nur vom guten Willen ab, als brauche man die Schalthebel der Macht nur kurz umzulegen und wie durch Zauberhand ist alles Elend der Welt beseitigt. So etwas nennt man bisweilen auch Hybris, selbst wenn die sich auf einen „guten Zweck“ beruft.

Streng gegeißelt wird der „Wohlstand“ (nach dem doch eigentlich auch die Armutflüchtlinge streben). Auf dem Altar des Wohlstandes die Menschlichkeit opfern, steht einem Christen schlecht an. Wohlstand darf auch kein Götze werden, der das geistliche Leben erstickt. Andererseits verstößt es bei Leibe nicht gegen die Intuitionen des gerade in der katholischen Kirche traditionell verankerten Naturrechtsdenkens, dass Menschen aus Fleisch und Blut bestehen, sich Eigentum anschaffen und daran auch eine Freude haben dürfen. Hinzu kommt, dass das im Schweiß des Angesichts erworbene Hab und Gut der Bürger auch die Ressourcen stellt, aus denen das Gemeinwesen schöpft, nicht zuletzt für karitative Anliegen.

Vor allem aber: Was wäre denn die Alternative? Wenn Abgrenzung per se schon eine Sünde ist, kann dies nur bedeuten, alle

Grenzen zu öffnen: „Macht hoch die Tür, die Tor macht weit“. Botschafter der EU-Länder erlassen in aller Welt einen Aufruf: „Kommt zu uns alle, die ihr mühselig und beladen seid!“

Um die Mittel aufzubringen, diese Menschenmassen in Europa zu versorgen und zu „integrieren“, muss dann freilich der widerliche Spießler mit seiner kleinlichen Anhänglichkeit an den Besitz enteignet – pardon: an die Sozialpflichtigkeit des Eigentums erinnert – werden. Hierfür wiederum brauchen wir einen starken Staat, der dies exekutiert, am besten eine auf europäischer Ebene agierende, durch keine Rechtsschranken gehemmte Zentral- und Durchgriffsgewalt. Für einen noblen Zweck dürfen Grundrechte schon einmal ausgesetzt werden.

Weil Menschen aber, wie man betrübt feststellen wird, nicht gezwungen werden können, sich zu mögen, sind permanente propagandistische Exorzismen gegen „Rassismus“ und „Fremdenfeindlichkeit“ erforderlich. Dazu wiederum benötigen wir ein Experten- und Ethikkommando, das mit Sondervollmachten ausgestattet als Wächterrat für Gedankenhygiene den Leuten nachschnüffelt. Sekundiert wird dies von der „aufgeklärten“, „weltoffenen“ und „humanistischen“ Avantgarde der Medienmächtigen, die das tumbe Volk hohepriesterlich ermahnt und zur Not unter Androhung von Höllenqualen – nämlich ausgeschlossen zu werden aus dem Club der „Guten“ – züchtigt.

Im Ergebnis laufen wir freilich wieder in das ökonomische Gutmenschenparadox hinein: Ressourcen, die verteilt werden sollen, müssen erst einmal erwirtschaftet werden. Nun schöpft man den dank Arbeit und Unternehmergeist generierten gesellschaftlichen Reichtum rigoros ab, legt hierdurch die wirtschaftlichen Aktivitäten in Fesseln, diffamiert Gewinnstreben und Freude am Eigentum als „sündhaft“ und entzieht dem gesellschaftlichen Reichtum, an dem man doch die Welt teilhaben lassen möchte, die Möglichkeitsbedingung.

Eine tragische Ironie besteht auch darin, dass ein solches humanitaristisches Großprojekt ausgerechnet die dynamischen,

risikofreudigen, sich nach sozialem Aufstieg streckenden Bevölkerungsgruppen den armen Ländern entzieht. Sei's drum. Hauptsache, wir fühlen uns „gut“.

Wenn sich so viele auf den Weg machen, dann auch weil es sich herumgesprochen hat, in Europa vom Sozialtransfer gut leben zu können, sobald man die vermeintliche Außengrenze der EU einmal überwunden hat. Hierzu wiederum leistet die tägliche Gutmenschenpropaganda einen verwerflichen Beitrag, da sie einen Meinungsdruck erzeugt, der Kritik an Zuwanderung in die Sozialsysteme wider alle ökonomische Vernunft und wider den gesunden Menschenverstand kriminalisiert.

Vielleicht wird die beklagte Ungerechtigkeit zu Teilen auch dadurch verursacht, dass es nicht zu wenige, sondern zu viele politisierende Weltverbesserer und Administratoren mit Allmachtphantasien gibt, weil UNO, IWF oder staatliche Entwicklungshilfe seit Jahrzehnten mit Megaprogrammen, die die Möglichkeiten einer zentralisierten Lenkung und Weltregierung übersteigen, in komplexe soziale, ökonomische und ökologische Systeme – wenn auch in vermeintlich „guter“ Absicht – hineinpfeuschen. Zugegeben, ein ketzerischer Gedanke. Aber man wird doch zumindest mal fragen dürfen.

Jedem Christen steht es frei, persönlich eine Berufung zu vernehmen, sich im barmherzigen Dienst am Nächsten zu verzehren. Auch steht es jedem frei, sich dafür zu entscheiden, entsprechende Initiativen im Rahmen freier, von gemeinschaftlicher Eigeninitiative getragener Wohltätigkeit zu unterstützen, die zustande kommt, ohne dass der Staat sich einmischt. Ein politisches Evangelium aber, das aus diesem individuellen Altruismus der vielen Einzelnen einen Gewalt-Akt der staatlich verordneten, kollektiven Selbstaufopferung macht, bei dem das Hab und Gut der Bürger großzügig verschleudert wird, ist anmaßend, ist blanke Hybris und im Resultat ohnehin völlig kontraproduktiv. Wenn etwas unzumutbar für Welt und Schöpfung ist, dann das.



---

# Religionsrevisionismus der Islamisten

Schon die Integrationsbeauftragte der Bundesregierung unter Gerhard Schröder, Marieluise Beck, sprach sich vor Jahren dafür aus, die Imam-Ausbildung an deutschen Universitäten einzuführen. Seit 2010 fördert die Bundesregierung nun die Einrichtung von Zentren für Islamische Studien an ausgewählten Universitäten in der Bundesrepublik Deutschland. Etwa 4 Mio. Muslime leben derzeit in Deutschland und es wird behauptet, es gäbe einen breiten Konsens in Politik und Gesellschaft, dass eine angemessene Repräsentation von Muslimen auch in Schule und Hochschule erreicht werden soll, die Islamisierung Deutschlands schreitet unaufhaltsam voran. [Weiter auf Pârse & Pârse...](#)

---

## Deutschland schafft sich ab: Der Fall Nguyen



Spätestens seit

Sarrazins „Deutschland schafft sich ab“ sollte es den Deutschen klar sein, dass ein Wettlauf mit der Zeit begonnen hat: Die deutschen Akademiker vermehren sich unterdurchschnittlich, Transferabhängige hingegen überdurchschnittlich. Das macht es sehr wahrscheinlich, dass das Deutschland der Zukunft nur noch wenige Bildungsnahe, aber eine ganze Menge Bildungsferner beheimatet, was sich äußerst negativ auf die Volkswirtschaft auswirken würde.

*(Von Solo-Album)*

Sarrazin verdeutlicht auch, dass die momentane – katastrophal niedrige – Nettofortproduktionsrate der Deutschen zu einer stetigen Abnahme der Deutschen führt und dass die Bundesregierung dem entgegenzuwirken versucht, indem sie das Land mit Migranten aus Nordafrika sowie dem Nahen und Mittleren Osten auffüllt. Allerdings gibt es eine Tendenz, dass ein großer Anteil dieser Migranten bildungsfern ist und auch ihre in Deutschland geborenen Nachkommen zu einem großen Teil zu den Bildungsfernen zählen.

Ein [Artikel auf „stern.de“](#) machte dies im Jahre 2009 deutlich:

*Migranten im Alter zwischen 22 und 24 Jahren ohne Berufsabschluss: 54 Prozent; türkische Migranten ohne Berufsabschluss: 72 Prozent; erwerbslose Migranten: 29 Prozent; einkommensschwache Migranten: 43,9 Prozent; Migranten in Armut: 28,2 Prozent; Migrantenkinder in Armut: 36,2 Prozent.*

Allerdings trifft dieser Trend nicht auf Migranten aller Herkunftsländer zu – Vietnamesen beispielsweise tun sich in der Schule durch überdurchschnittliche Leistungen hervor – und genau von diesen Migranten wird Deutschland im wahrsten Sinne des Wortes bereichert.

So schreibt [„Zeit Online“](#) hierzu:

*Keine andere Einwanderergruppe in Deutschland hat in der Schule mehr Erfolg als die Vietnamesen: Über 50 Prozent ihrer Schüler schaffen den Sprung aufs Gymnasium. Damit streben mehr vietnamesische Jugendliche zum Abitur als deutsche. Im Vergleich zu ihren Alterskollegen aus türkischen oder italienischen Familien liegt die Gymnasialquote fünfmal so hoch. (...)*

Der Grund für diesen Erfolg – die eigene Einstellung:

*Angeworben Mitte der achtziger Jahre, erlebten die Arbeitsmigranten aus dem sozialistischen Bruderland nach der Wende in Ostdeutschland häufig den Absturz in Arbeitslosigkeit und Armut, sie waren isoliert, wurden zum Opfer von Fremdenhass. Ihre Kinder jedoch sind nun dabei, mit ungeheurem Fleiß und Bildungsdrang die deutsche Gesellschaft zu erobern. Denn der Druck, gute Noten zu erzielen, ist in vietnamesischen Familien enorm.*

[Nun war vor einigen Tagen zu lesen](#), dass eine vietnamesische Familie aus Niedersachsen im November vergangenen Jahres abgeschoben worden war (aufgrund gesellschaftlicher Proteste und politischem Drängen durfte sie allerdings glücklicherweise nach einigen Monaten wieder nach Deutschland zurückkehren).

Wie positiv diese Familie aber der deutschen Gesellschaft gegenüber eingestellt ist, lässt sich schnell ermitteln – und zwar am Namen der Kinder: Sohn Andre Bao An und Tochter Esther Bao Ngoe Nguyen! Während Familie Nguyen erst seit 19 Jahren in Deutschland lebt und ihren Kindern deutsche Namen gibt, bringen andere Migranten ihre Integrationsbereitschaft zum Ausdruck, indem sie ihren Kindern Namen wie [Jihad](#), Mohammed oder Ibrahim geben.

Interessant ist übrigens, dass es für viele islamische Namen deutsche Gegenstücke gibt, und zwar aufgrund von inhaltlichen Parallelen zwischen Koran und Bibel. Beispiele sind folgende:

Ibrahim – Abraham, Dawud – David, Harun – Aaron, Yusuf – Josef, Yahya – Johannes. Dass viele hier lebende islamische Migranten ihren Kindern oft trotzdem die arabische Variante als Namen geben, sagt viel über deren Integrationsbereitschaft aus.

Zurück zu Familie Nguyen. Hier sind nicht nur die Namen vorbildlich, sondern auch der Rest der Lebensführung spricht für die Familie und deren Integrationsbereitschaft:

*Die Eltern arbeiteten in einer Baumschule, die Kinder hatten viele Freunde in der Schule und im Kindergarten. Als gläubige Christen waren die Vietnamesen in der Gemeinde des Ortes aktiv. Alle sprechen deutsch.*

Trotzdem wurde die Familie im vergangenen November abgeschoben:

*Zum Verhängnis wurde ihr, dass der Vater zugegeben hatte, bei der Einreise einen falschen Namen genannt zu haben.*

Zugegeben – der Vater hat damit gegen das Gesetz verstoßen. Aber wenn man andere Migrantenfamilien in Deutschland betrachtet, die über Generationen hinweg von Sozialleistungen leben, [schwerstkriminell](#) sind oder Deutsche für ihre Herkunft [diskriminieren](#), und dafür nicht abgeschoben werden – eine Familie aber, die absolut vorbildlich integriert ist, für das Nennen eines falschen Namens abgeschoben wird -, dann fällt mir dazu nur eins ein: Deutschland schafft sich ab!

---

# Wie die WELT ihre Leser manipuliert...



Selten lassen uns die WELT-Verbesserer des gleichnamigen Springer-Blattes so in ihre „Giftküche“ blicken wie bei diesem Artikel. Darum wollen wir gerne einmal verdeutlichen, welcher Elefant sich hier hinter einer scheinbaren Mücke verbirgt. Schließlich ist dies nicht mehr und nicht weniger als das Eingeständnis einer Redaktion, dass man die Bevölkerung nicht informieren, sondern im Sinne der eigenen Geschäftsinteressen erziehen möchte.

So hat die WELT in ihrem Artikel vom 2. Februar über den Vorschlag des rheinland-pfälzischen Justizministers Jochen Hartloff, Scharia-Gerichte neben dem deutschen Gesetz zuzulassen ([PI berichtete](#)), kurzerhand Überschrift und URL geändert.

„Islamische Gerichte“ liest sich für den unbedarften Bürger doch schon wesentlich angenehmer als „Scharia“ – beinahe schon so wie „rechtsstaatlich“ -, und „für möglich halten“ ist doch auch etwas ganz anderes als „sich einsetzen für“. Der Skandal ist nicht die Verwendung der einen oder anderen Überschrift, sondern die Veränderung mit dem bewussten Ziel der Manipulation des Lesers.

Bleibt die Frage offen, ob die Redaktion dies aus vorsehendem Gehorsam tat oder von dem „Volkvertreter“ dazu genötigt wurde. Die ursprüngliche Überschrift findet sich noch

in der URL, die nach wie vor auf den gleichen Artikel weiterleitet.

Alter Link:

<http://www.welt.de/politik/deutschland/article13847398/SPD-Justizminister-setzt-sich-fuer-Scharia-Recht-ein.html>

Neuer Link:

<http://www.welt.de/politik/deutschland/article13847398/SPD-Minister-haelt-islamische-Gerichte-fuer-moeglich.html>

Und hier ein Screenshot der alten Artikel-Version aus dem [Webcache](#):



» [redaktion@welt.de](mailto:redaktion@welt.de)

(Spürnase: Ratz)

---

# BILD-Titel C02-Lüge und Energiewende

☒ Das ist ja nun mal ein Fortschritt. Vielleicht liegt es am Frost? Jedenfalls kommt in BILD nun groß die C02-Lüge aufs Tapet mit Fortsetzung. Ein Autorenteam um Hamburgs Ex-Umweltsenator Fritz Vahrenholt hat [ein entsprechendes Buch herausgebracht](#)! Achgut hat das Thema auch schon länger, [hier ein Interview-Video](#). Eine ganz, ganz tolle Geschichte steht in der FAZ über Deutschland, [das Land der Windräder](#)! Währenddessen werden von RWE und Eon im Rahmen der Energiewende [Arbeitsplätze abgebaut](#), und auch der Bundesverband der Deutschen Industrie warnt vor [Jobverlusten angesichts unserer hohen](#) Energiepreise.

Das ficht aber die durchgeknallte CDU mit dem noch durchgeknallteren Rechtsanwalt Röttgen nicht an. Gerade die jetzigen kalten Tage zeigten, daß [die erneuerbaren Energien völlig ausreichen](#). Dieser schamlose Lügenbaron meint, die Bevölkerung sei so blöd und wüßte nicht, daß bei uns ohne tschechische und französische AKWs und alte österreichische Dreckschleudern, die man wieder angefahren hat, schon längst zappenduster wäre. Unverschämt, diese opportunistische Windfahne! Und Länder wie China [werden sich sicher nie den Klimadiktatoren](#) hierzulande beugen. Man könnte täglich Seiten mit dem Thema füllen!

---

**Linke Gewalt 2011 stark**

# gestiegen

2011 wurden insgesamt 1160 Fälle linksmotivierter Gewalt registriert – gut ein Viertel (26,64%) mehr als im Vorjahr (916 Fälle). Dabei wurden 783 Personen verletzt. Das sind 43,14% mehr als noch im Jahr 2010 (547 Verletzte). [Dies meldet BILD exklusiv](#). Nur für Leser der „Qualitätspresse“ überraschend: Im Gegensatz zu den Fällen linker Gewalt, ist die Zahl rechtmotivierter Gewalttaten in 2011 leicht gesunken – auf insgesamt 579 Fälle (2010: 597 Fälle). Aber es gibt ja Gottseidank das Hakenkreuz!

Weil jede Hakenkreuzschmiererei eine rechtsradikale Straftat ist, auch wenn es Türken waren oder kleine Kinder, die von Hitler nie gehört haben, und Hammer und Sichel die sozialistische Mitte unter der Regierung der FDJ-Führerin symbolisieren und keine Straftat sind, obwohl der Kommunismus die größte Massenmord-Religion aller Zeiten war und ist, kann man trotzdem 12.381 rechtmotivierte Straftaten zählen und nur 5839 linksmotivierte und damit das Volk gezielt hinters Licht führen. Auch unaufgeklärte Fälle von Hakenkreuzschmierereien oder entsprechenden Sprüchen werden stereotyp unter rechts abgelegt.